

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen I: Gesamtstrategie Unterrichtsqualität

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die vielfältigen Bemühungen der Staatsregierung, durch Programme wie FiLBY und FiSBY oder die Beteiligung Bayerns an dem bundesweiten Programm QuaMath die Qualität des Unterrichts an bayerischen Schulen zu verbessern.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu diesen und weiteren gebündelten und systematisierten Ansätzen im Rahmen der Gesamtstrategie Unterrichtsqualität zu berichten. Dabei sollen insbesondere folgende Ansatzpunkte in den Blick genommen werden:

- Die Entwicklung der Unterrichtsqualität ist Kern der gesamten Schulentwicklung. Leitungskräfte und Vorgesetzte haben eine wichtige Funktion bei der Sicherstellung und Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität. Sie sind regelmäßig und intensiv fortzubilden, um diese Aufgabe noch zielgerichteter umsetzen zu können. In diesem Prozess soll nach Möglichkeit auch die Expertise der lehrerbildenden bayerischen Universitäten einbezogen werden.
- Der Teamgedanke in den Kollegien und Fachschaften ist im Sinne der gemeinsamen Arbeit an der Unterrichtsqualität weiter zu intensivieren. Instrumente wie die kollegiale Hospitation, der Austausch von selbst erstellten Unterrichtsmaterialien oder eine breite Feedbackkultur sind auch durch Online-Formate zu stärken, um die vorhandenen, wertvollen Ressourcen besser zu nutzen.

- Der LehrplanPLUS liefert eine gute Grundlage für einen zeitgemäßen, kompetenzorientierten Unterricht. Diesen gilt es nun zu überarbeiten und systematisch inhaltlich moderat zu verschlanken. Dazu sollen einzelne Inhalte gestrichen oder fakultativ gestellt werden, um den Lehrkräften mehr Raum zu geben, die Grundkompetenzen eingehend zu üben und zu vertiefen und ihre Schülerinnen und Schüler dort abzuholen, wo sie gerade in ihrem Lernfortschritt stehen, und nicht strikt die Vorgaben des Lehrplans abzuarbeiten. Der gewonnene Raum soll für ausreichend viele Wiederholungsschleifen genutzt werden.
- Dazu benötigt es eine Kultur des vertieften Übens, die in den Grundschulen auch Diktate, Nachschriften oder das Auswendiglernen von Einmaleins und Gedichten umfasst. Diese wird durch eine konstruktive Fehlerkultur unterstützt.
- Multiprofessionelle Unterstützungskräfte leisten einen wertvollen Beitrag zum bayerischen Schulsystem. Ihr Einsatz ist zu systematisieren, zu verstetigen und zu vereinfachen. Dabei sind auch örtliche Pool-Lösungen zu prüfen und niederschwellige Voraussetzungen für den personellen Einsatz zu ermöglichen, insbesondere im Hinblick auf bereits bewährte Kräfte.

Begründung:

Guter Unterricht, der Kopf, Herz und Hand anspricht, stellt die Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt. Er nimmt sie ganzheitlich in den Blick und bildet neben Wissen und Können auch Herz und Charakter. Diesen gilt es auch durch die leitenden Kräfte der Schulen immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu rücken. Da guter Unterricht in einer sich ständig verändernden Welt sich ebenfalls beständig weiterentwickeln muss, brauchen die Vorgesetzten und Leitungskräfte in den Schulen selbst regelmäßige Schulungen, um ihre Kollegien bei der steten Arbeit an ihrem Unterricht bestmöglich unterstützen zu können. Darin sollen auch die wissenschaftlich aktuellsten Erkenntnisse einfließen, damit die Qualitätsentwicklung immer am Puls der Zeit bleibt.

Lehrkräfte sind heute schon vielfach Teamplayer und nicht mehr die Einzelkämpfer der Vergangenheit. Diese Weiterentwicklung der Arbeitskultur in den Kollegien ist gezielt zu unterstützen, um die Synergien, die bei der Zusammenarbeit innerhalb eines Teams entstehen, noch effektiver zu nützen als bisher. So sollte es selbstverständlich sein, dass von Lehrkräften im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit erstellte Materialien den Kolleginnen und Kollegen im Sinne einer Kultur des Teilens zugänglich zu machen sind. Diesen Prozess können Online-Formate z. B. in Form von sharing-Modulen der BayernCloud Schule sehr effektiv unterstützen.

Der LehrplanPLUS weist Kompetenzerwartungen aus, die die Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Jahrgangsstufen erworben haben sollen. Diese Kompetenzen konkretisiert er jeweils durch Inhalte zu den Kompetenzen. An dieser Stelle ist genau zu prüfen, inwieweit der LehrplanPLUS moderat gestrafft werden kann, um mehr Raum für das Üben und Vertiefen von grundlegenden Kompetenzen schaffen und den Lehrkräften die Möglichkeit zu geben, Schwerpunkte je nach den Bedürfnissen ihrer Klassen zu setzen

Für einen anhaltenden schulischen Erfolg ist das sichere Beherrschen von Grundfertigkeiten wie Rechtschreibung oder mathematischen Basiskonzepten unabdingbar. Die Übungskultur – gerade im Grundschulbereich – muss deren sichere Beherrschung gewährleisten. Dabei sind Fehler natürlicher Teil eines jeden Lernprozesses und als solche positiv und konstruktiv in den Unterricht einzubinden.

Schulassistenzen, Drittkräfte, pädagogische Assistenzen und sonstige Unterstützungskräfte leisten einen wertvollen Beitrag zum bayerischen Schulsystem. Ihnen sollen verlässliche, auch längerfristige Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht werden. Teilweise haben sie ergänzende, teilweise überlappende Aufgabenbereiche. Hier ist eine Systematisierung erforderlich, um den Schulen deren flexiblen und zielgerichteten Einsatz zu erleichtern.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Peter Tomaschko** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen II: Lehrkräftebildung weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung hat im Sommer 2023 eine Expertenkommission zur Lehrerbildung eingesetzt, die seitdem eigenständig und vertraulich berät und deren Ergebnisse noch nicht vorliegen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Auswertung von und dem Umgang mit den Ergebnissen der Kommission insbesondere die folgenden Punkte zu berücksichtigen und dazu nach Möglichkeit bis Ende des Jahres 2024 zu berichten:

- In der ersten Phase der Lehrerbildung sind berufspraktische Aspekte stärker in die Ausbildung zu integrieren und in ECTS-relevanten Veranstaltungen zu vermitteln. Insbesondere die erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Fächer sollen noch konsequenter auf die Tätigkeit als Lehrkraft ausgerichtet werden. Die Qualität der fachwissenschaftlichen Ausbildung soll beibehalten werden.
- Die Rolle der Praktika in der ersten Phase der Lehrkräftebildung ist zu stärken. Die Praktikumsbetreuung ist aufzuwerten durch ein klares, anspruchsvolles Aufgabenprofil, gezielte Fortbildung, die enge Zusammenarbeit mit Universitäten sowie die Zuweisung von Anrechnungsstunden.
- In der Ausbildung ist zudem dem Prinzip Deutsch als Unterrichtssprache einschließlich seiner sprachsensiblen Anwendung Rechnung zu tragen.
- Der vierundzwanzigmonatige Vorbereitungsdienst ist zentral für die hohe Qualität der Lehrkräftebildung in Bayern. Um diese aufrechtzuerhalten ist er beständig

weiterzuentwickeln durch eine stärkere Zusammenarbeit mit den Universitäten, gezielte Auswahlverfahren für Seminarleitungen und Seminarlehrkräfte sowie deren regelmäßige, intensive Fortbildungen.

- Die regelmäßige Fortbildung der im Beruf stehenden Lehrkräfte dient dazu, dass diese ihre pädagogische Arbeit im Lauf ihres Berufslebens an die sich wandelnden Herausforderungen anpassen können. Daher muss sich der Bereich der Lehrerfortbildung stets auf hohem Niveau befinden und noch enger mit den lehrerbildenden Universitäten zusammenarbeiten, um für wissenschaftliche Aktualität zu sorgen und sicherzustellen, dass Fortbildungsveranstaltungen verstärkt evidenzbasiert und gleichzeitig praxisorientiert und niedrigschwellig gestaltet werden.
- In allen Phasen der Lehrerbildung gilt es, die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte im Hinblick auf die Lernvoraussetzungen ihrer Schülerinnen und Schülern zu stärken, damit sie diese bestmöglich fördern können.

Begründung:

Bayern legt zurecht großen Wert auf eine wissenschaftliche Lehrkräftebildung. Das verhindert jedoch nicht, auch schon im Studium berufspraktische Aspekte wie die Entwicklung der Lehrerpersönlichkeit, den Umgang mit Mobbing, das Führen von Elterngesprächen oder ein generelles Arbeitsmanagement stärker in die Lehre zu integrieren. Um diesen mehr Gewicht zu verleihen, sollen sie verstärkt auch in ECTS-relevanten Veranstaltungen vermittelt werden. Themen mit einer hohen Relevanz für die spätere berufliche Tätigkeit wie Inklusion, Ursachen von und Umgang mit Lernschwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten oder „classroom-management“ sind bereits Bestandteil der Studienpläne. Sie sind wissenschaftlich fundiert und mit starkem Praxisbezug zu behandeln, z. B. durch Simulationen oder Lehrvideos.

Die Praktika in ihren unterschiedlichen Ausprägungen spielen eine wichtige Rolle bei der Klärung der Berufswahlentscheidung und der Vorbereitung auf den späteren Beruf. Seitens der Schulen werden sie meist mit Engagement aber begrenztem Ressourceneinsatz betreut, sodass sie nicht ihr volles Potential entfalten können. An dieser Stelle lässt sich mit einem sehr überschaubaren Ressourceneinsatz ein deutliches Mehr an Qualität erreichen, um den Studierenden zu helfen, ihre Entscheidung für das Lehramt frühzeitig und eingehend zu prüfen und wichtige Erfahrungen für die Arbeit als Lehrkraft zu sammeln.

Jede Lehrkraft in Bayern begegnet in fast jeder Klasse Kindern mit Migrationshintergrund, von denen zahlreiche Deutsch als Zweitsprache verwenden oder gerade als Fremdsprache lernen. Daher müssen Lehrkräfte über Kompetenzen in der Umsetzung von sprachsensiblen Fachunterricht verfügen, um ihre Schülerinnen und Schüler bestmöglich beim Erwerb der deutschen Sprache unterstützen und gleichzeitig die fachbezogenen Kompetenzen vermitteln zu können. Dies gilt für Lehrkräfte aller Fächer.

Der vierundzwanzigmonatige Vorbereitungsdienst ist ein Qualitätsmerkmal der hochwertigen Lehrkräftebildung in Bayern. Als solches ist er beständig den sich wandelnden Herausforderungen an den Lehrerberuf anzupassen. Dabei ist insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit mit den Universitäten ins Auge zu fassen. Dadurch kann zum einen der nahtlose Anschluss der zweiten Phase an das Studium sichergestellt, zum anderen die Qualifikation der Seminarleiter und Seminarlehrkräfte beständig aktuell gehalten werden. Es ist wichtig, dass in den Seminaren wissenschafts- und evidenzbasierte Methoden vermittelt werden.

Lehrkräfte unterrichten in der Regel rund 40 Jahre lang. Daher spielt die regelmäßige Fortbildung der im Beruf stehenden Lehrkräfte eine entscheidende Rolle, damit sie ihre pädagogische Arbeit an die sich wandelnden Herausforderungen anpassen können. Die lehrerbildenden bayerischen Universitäten können eine wichtige Unterstützung dabei leisten, dass der Bereich der Lehrerbildung auf der Basis des aktuellen Forschungsstandes agiert und die Lehrkräfte von evidenzbasierten Forschungsergebnissen profitieren.

Die klare, diagnostische Beobachtung des Lernprozesses der Schülerinnen und Schüler ist unerlässlich für ein erfolgreiches Unterrichten, das den Lernfortschritt aller bestmöglich fördert. Aus dem, was ein Schüler falsch und oder richtig macht, lässt sich erkennen, an welcher Stelle er weitere Erklärungen und verstärkte Übungsphasen braucht. Damit sie dies leisten können, brauchen Lehrkräfte die entsprechende Aus- und Fortbildung.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Peter Tomaschko CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen III: Digitalisierung klug umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die erheblichen Anstrengungen und Fortschritte der letzten Jahre, die in Bayern im Rahmen der Strategie schule.digital gemacht worden sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Digitalisierung der Schulen klug fortzusetzen und dazu zu berichten. Dabei soll insbesondere Folgendes beachtet werden:

- In der Grundschule und der Grundschulstufe der Förderschule sind zuallererst die analogen Grundlagen zu legen und die Grundfertigkeiten zu festigen. Daher sollen digitale Medien in diesem Bereich gezielt, z. B. in Übungsphasen, zum Erwerb von Basis- und Medienkompetenzen genützt werden.
- An den weiterführenden Schulen braucht es – besonders ab den mittleren Jahrgangsstufen – einen didaktisch wie pädagogisch wohl überlegten verstärkten Einsatz von digitalen Lernmedien. Über den jeweiligen Umfang des Einsatzes digitaler Medien entscheiden die Lehrkräfte nach pädagogischem Ermessen. Die bestehenden Fortbildungsbemühungen sind daher weiter zu intensivieren, um die Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, ihren Unterricht so zu gestalten, dass die Digitalisierung größtmögliche Unterstützung und Erleichterung entfaltet.
- Für eine Steigerung der Bildungsqualität ist es unabdingbar, dass hochwertige, innovative Lernsoftware zum Einsatz kommt. Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Entwicklung und der unterrichtliche Einsatz solcher Software, die weit über ein Schulbuch in PDF-Form hinausgeht, noch deutlich stärker vorangetrieben werden.

- Schulen und Lehrkräfte brauchen Unterstützung bei der Auswahl geeigneter Apps für ihre Klassen. Die Staatsregierung wird aufgefordert, das länderübergreifenden Vorhaben eduCheck Digital zu forcieren, um den Lehrkräften dabei zu helfen, rechtssichere und qualitätsvolle Angebote auszuwählen.

Schulen und Schulträger sollen im Rahmen vorhandener Mittel bei der Beschaffung von digitalen Schulbüchern und sonstiger Lernsoftware unterstützt werden.

Begründung:

Digitalisierung ist nie Selbstzweck, sondern dient stets dem pädagogischen und didaktischen Erfolg. Die Lernpsychologie hat vielfach gezeigt, dass gerade im jungen Alter die Lerntiefe beim Umgang mit Stift und Papier größer ist als beim Arbeiten auf digitalen Geräten. Dies gilt ganz besonders für den Erwerb der Schriftsprache. Digitale Geräte sollen andererseits aber nicht völlig aus den Grundschulen verbannt werden, zumal auch die meisten Grundschüler damit vertraut sind. Aus (medien-)didaktischer und (medien-)pädagogischer Perspektive ist die sinnvolle Verzahnung analoger und digitaler Lernformate im Sinne der Steigerung von Lerneffekten entscheidend.

Digitale Lernmedien bringen nicht per se einen höheren Lernerfolg, sondern können – im Gegenteil – bei falschem Einsatz zu nachlassenden Leistungen führen. Daher müssen alle Lehrkräfte professionell in diesem Bereich weitergebildet werden, um die didaktischen Potentiale zu nutzen und Unterricht zeitgemäß weiterzuentwickeln.

Digitale Lernsoftware und Lernapps sind von sehr unterschiedlicher Qualität, hochwertige Angebote sind rar. Daher braucht es hier einen Innovationsschub, damit sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite spürbar belebt werden und ein funktionierender Markt entsteht, um so den Schülerinnen und Schülern die bestmöglichen Produkte für ihren Lernprozess zur Verfügung zu stellen.

Derzeit gibt es auf dem Markt eine große Zahl von Lernapps, die von höchst unterschiedlicher Qualität sind. Einzelne Lehrkräfte oder auch Schulen können mit der rechtssicheren Auswahl – insbesondere bezüglich des Datenschutzes – rasch überfordert sein. Mit dem länderübergreifenden Vorhaben eduCheck Digital wird derzeit eine Prüfroutine für rechtliche und sicherheitstechnische Aspekte entwickelt, die die Schulen bei der Auswahl rechtssicherer und qualitätsvoller Lernmittel massiv unterstützen wird.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Björn Jungbauer, Tobias Reiß, Peter Tomaschko** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöllner und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen IV: Entbürokratisierung an Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Entbürokratisierungsaktion der Staatsregierung, die darauf abzielt, gemeinsam mit den in Schule und Schulaufsicht Tätigen Möglichkeiten für bürokratische Entlastungen im Schulbereich zu ermitteln und umzusetzen. Dabei ist sicherzustellen, dass auch die Schulleitungen vor Ort zuvorderst eingebunden sind.

Die Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert, zu berichten und dabei insbesondere folgende Punkte in den Blick zu nehmen:

- Die Position der Schulleitung ist zu stärken, vor allem in einer guten Zusammenarbeit mit der Schulaufsicht (Schulämter, Regierungen, Dienststellen der Ministerialbeauftragten). Der Grundsatz muss hier lauten: Was die Schulen bzw. die Schulleitungen vor Ort selbst entscheiden können, das sollen sie auch entscheiden. Vermeidbare bürokratische Abstimmungen sind zu vermeiden.
- Den Schulen ist eine größere Freiheit bei der Gestaltung von Leistungsnachweisen zu gewähren. Dabei sollen auch die Erfahrungen aus dem Schulversuch Prüfungskultur innovativ berücksichtigt werden.
- Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus über die bislang erfolgte Verschlinkung des Formularwesens zu berichten und aufzuzeigen, inwieweit weitere Entlastungen der Schulen und der Schulverwaltung erreicht werden können.

Begründung:

VorAn - Dokument - ID: 93587

eingereicht von König, Fabian am 17.05.2024 - 10:49

1

CSU

Status: eingereicht seit 17.05.2024 - 10:49

Ersterfasser: Ingrid Ametsbichler

Die Schulleitungen kennen die Bedürfnisse ihrer Schulen bzw. ihrer Kollegien am besten. Daher sollen gerade die Schulleitungen an Grund- und Mittelschulen in ihrer Position gestärkt werden, um mehr Entscheidungen als bisher eigenständig treffen zu können (z. B. bei der Konkretisierung der Stundentafel, beim Einsatz von Personal). Die grundsätzliche Struktur Schule – Schulamt – Regierung soll dadurch keinesfalls aufgelöst werden. Die Abläufe sollen lediglich nach dem Prinzip der Subsidiarität optimiert werden.

Die Schulen in Bayern sind vielfach hoch innovativ bei der Weiterentwicklung von Unterricht und Leistungserhebungen. Um diese innovativen Kräfte noch mehr als bisher zur Geltung zu bringen, sollen die bestehenden Freiheiten bei der Gestaltung von Leistungsnachweisen erweitert werden (z. B. eine Schulaufgabe pro Schuljahr durch benotete Projektarbeit ersetzen).

Das Formularwesen bei der Einstellung (befristet) Beschäftigter, gerade auch bei pensionierten Lehrkräften, ist ausgesprochen umfänglich. Hier kann durch eine deutliche Verschlankung eine weitere Entlastung der Schulen und der Schulverwaltung erreicht werden. An die Ergebnisse des Prozesses, der federführend durch den Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Bürokratieabbau getragen wird, soll dabei angeknüpft werden.

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Björn Jungbauer, Andreas Jäckel, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko** CSU,

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Dipl.-Kaufmann Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Die richtigen Folgerungen aus den PISA-Ergebnissen ziehen V: Integration stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erkennt die großen Anstrengungen an, die die Schulen in den vergangenen Jahren bei der Integration der vielen nach Bayern zugewanderten und geflüchteten Kinder und Jugendlichen geleistet haben.

Zudem begrüßt der Landtag die Weiterentwicklung des Konzepts zur schulischen Erstintegration für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler sowie die Vorbereitung der verpflichtenden Sprachstandserhebungen durch die Staatsregierung. Alle Kinder, die an bayerischen Schulen unterrichtet werden, sind unsere Kinder.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Weiterentwicklung der in diesem Bereich bestehenden Instrumente Folgendes besonders zu beachten und dazu zu berichten:

- Die Sprachförderung muss bei Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Deutschkenntnisse oberste Priorität haben. Diese sind in eigenen Klassen oder Gruppen, ggf. auch im Rahmen von DeutschPLUS, gezielt so lange zu fördern und sollen erst dann vollständig integriert werden, wenn sie so gut Deutsch können, dass sie in allen Fächern anschlussfähig lernen können und vom sog. „Sprachbad“ im Austausch mit deutschsprachigen Schülerinnen und Schülern profitieren. In diesem Zusammenhang soll die gegebene Möglichkeit eines zweijährigen Besuchs der Deutschklasse einzelfallbezogen und sorgfältig geprüft werden.

- Bei der Vorbereitung der ab März 2025 geplanten verpflichtenden Sprachstandserhebungen sollen die Synergien zwischen den schulischen Sprachtests, den bisherigen Test in den Kindertageseinrichtungen und der medizinischen (reformierten) Schuleingangsuntersuchung passgenau genutzt werden;
 - sind zur Konzeptionierung und Durchführung die vorhandenen schulischen wie außerschulischen Kompetenzen zu nutzen;
 - und ist für den Fall eines Sprachförderbedarfs eine hohe Passung zwischen den diagnostizierten Defiziten und den anschließenden Sprachfördermaßnahmen anzustreben.
- Passende Integrations- und Sprachfördermaßnahmen sind grundsätzlich an allen Schularten durchzuführen.
 - Beim Übergang vom Kindergarten in die Schule ist auf eine zuverlässige, datenschutzkonforme Informationsweitergabe zu achten.
 - Die wachsenden Ganztagsangebote bieten über den Unterricht hinaus die Möglichkeit, Sprachförderung und Integration zu unterstützen. Dieses Potential ist noch konsequenter zu nutzen.

Begründung:

Die jüngste PISA-Studie hat für Deutschland die Erkenntnis ergeben, dass der Kompetenzrückgang von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund in der ersten Generation im Vergleich zu 2012 besonders hoch ausfällt. Daher ist diese Gruppe gezielt in den Blick zu nehmen, um ihr Leistungsniveau insgesamt zu heben. Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe an Kultur und Bildung.

Die Forschung hat gezeigt, dass die anhaltende Sprachförderung dafür entscheidend ist. Daher muss den betroffenen Schülerinnen und Schülern die Zeit gegeben werden, die sie für den Spracherwerb brauchen, um erfolgreich am Regelunterricht teilnehmen und anschlussfähig lernen zu können. Das Genehmigungsverfahren für die Einrichtung von Deutschklassen soll überprüft und möglichst vereinfacht werden. Bei der Aufnahme der Kinder und Jugendlichen ist eine Anamnese von deren Lebens- und Bildungsrucksack erforderlich, um ihre Bedürfnisse und ihr Potential kennenzulernen.

Die Regierungskoalition hat sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung von frühzeitigen, verpflichtenden Sprachtests mit entsprechenden verpflichtenden Fördermaßnahmen zum Ziel gesetzt. Der Landtag möchte die dafür notwendigen aufwändigen Vorbereitungs- und Abstimmungsprozesse durch einige Hinweise unterstützen. Das Ziel ist der größtmögliche Erfolg dieser Maßnahme gerade auch im Sinne der betroffenen Kinder. Daher sind alle Ressourcen optimal zusammenzuführen und zu nutzen, auch um Schulen, Kindertagesstätten und weitere Beteiligte mit den neuen Aufgaben nicht zu überfordern.

Die Integration einer großen Zahl an Schülerinnen und Schülern ist eine große Herausforderung. Daher sollen sich grundsätzlich alle Schularten beteiligen. Die Überlastung einer Schulart wird durch eine sinnvolle Verteilung der Integrations- und Sprachfördermaßnahmen verhindert.

Um alle Kinder entsprechend ihrer Bedarfe von Anfang an optimal fördern zu können, ist eine zuverlässige und datenschutzkonforme Weitergabe der relevanten Informationen beim Übergang vom Kindergarten in die Schule sicherzustellen.

Bei den vielfältigen Ganztagsangeboten gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Integration und Spracherwerb – auch in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern wie Sportvereinen oder Musikschulen – weiter zu unterstützen. Die bestehenden Möglichkeiten und deren Potential sind weiterhin und noch konsequenter zu nutzen.